BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

PEINER NACHRICHTEN

So will Galeria das Warenhaus retten
Wirtschaft

VORFREUDE
10 Filme konkurrieren bei Filmfest um den Heinrich-Preis

Donnerstag, 28. Oktober 2021 | www.peiner-nachrichten.de

Ein Titel der **FUNKE MEDIENGRUPPE**

Nr. 252 | 76. Jahrgang | 1,90 €

Soziales Kaufhaus Peine gibt Möbeln und Menschen eine Chance

FOTO: BETTINA STENFTENAGEL / BZV

Das Peiner Team setzt auf Nachhaltigkeit, dies in Verbindung mit nachhaltiger Integration von Langzeitarbeitslosen. **Lokalteil**

KOMMENTAR
Andre Dolle
zum Ausbau der Windkraft

Cash für den Windpark vor der Haustür

Streit um Flächen, lange Planungsverfahren, Klagen – dazu Konflikte mit dem Naturschutz: Beim Ausbau der Windkraft in der Region gibt es viele Hemmnisse.

In der Landes- und Bundespolitik wurden sinnvolle Vorschläge diskutiert, um die Akzeptanz von Windrädern zu erhöhen. Ein Ansatz ist – wie immer – Geld. Bisher floss reichlich Cash für einen Windpark immer nur an Investoren und Verpächter der Flächen. Zum Teil sind Millionen im Spiel.

Dabei bedeutet ein Windpark vor der Nase für die Anwohner einen immensen Wertverlust ihrer Immobilien. Die SPD brachte mehrfach ein „Windbürgergeld“ für Anwohner ins Gespräch. Im Frühjahr 2020 zeigte sich plötzlich auch Wirtschaftsminister Altmaier der Idee gegenüber aufgeschlossen. Doch die Windkraft-Branche setzte sich durch. Das Anfang 2021 reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz sieht nun vor: Betreiber von Windrädern dürfen bis zu 0,2 Cent je erzeugter Kilowattstunde Windstrom an die Kommunen vor Ort weiterreichen, sie müssen nicht. Anwohner gehen leer aus. So wird es nichts mit der Akzeptanz.

Die Frage darf erlaubt sein, warum nicht viel mehr Windräder an sowieso schon vorbelasteten Flächen mit großen Straßen und Freileitungen vorgesehen werden.

Schließlich wird die neue Ampel-Koalition erklären müssen, wie die für die Energiewende notwendigen Tausenden von neuen Windparks gebaut werden sollen. Laut Umweltbundesamt dauert es acht Jahre, bis ein Windrad ab dem Beschluss dann auch steht. Landkreise müssten jetzt konkrete Ausbau-Pflichten erhalten. Sonst bleibt der Windkraft-Ausbau eine Baustelle.

Thema des Tages

Rot-Grün im Peiner Kreistag besiegelt

Peine. Die Neuauflage der rot-grünen Zusammenarbeit im Peiner Kreistag steht: Wie zuletzt von 2011 bis 2016 bilden SPD und Grüne in dem höchsten Kreisgremium auch von 2021 bis 2026 nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Gruppe. Damit hat Rot-Grün – mit Landrat Henning Heiß (SPD) – eine Ein-Stimmen-Mehrheit. Zuvor haben sich die Grünen bereiterklärt, Heiß in der Stichwahl ums Landratsamt zu unterstützen. *mey* **Lokalteil**

AUCH DAS NOCH

Kleiner Erziehungstipp

Weil seine Mutter ihm mit der Polizei drohte, hat ein Dreijähriger bei einem Polizeieinsatz in Schwaben getobt. Polizisten waren in einen Laden in Donauwörth gegangen, um nach dem Besitzer eines davor parkenden Autos zu fragen, als der Junge zu schreien begann. Zur Beruhigung bekam der Knirps Süßigkeiten und Malbücher. Die Polizei bat auf Twitter: „Droht euren Kindern bitte nicht mit der Polizei.“

Windkraft in der Region: Ehrgeizige Ziele, bei der Umsetzung hapert es

Die Anlagen sind umstritten. Im ersten Halbjahr wurde bei uns kein neues Windrad gebaut.

Von Andre Dolle

Braunschweig. Wenn es um die Windkraft geht, will unsere Region hohes Tempo vorlegen. Sie hat sich auf dem Papier ehrgeizige Ziele gesetzt: Zwischen Harz und Heide hat der zuständige Regionalverband Großraum Braunschweig etwa 1,3 Prozent der Gesamtfläche für Windparks reserviert.

Das sind 6800 Hektar, die sich möglichst bald in 49 Windparks auf die Städte Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter sowie vor allem auf die Kreise Gifhorn, Peine, Helmstedt, Wolfenbüttel und Goslar verteilen sollen. Einige Windparks mit 390 Windrädern existieren aber schon.

Zum Vergleich: In ganz Deutschland sind laut Umweltbundesamt nur 0,8 Prozent der Fläche für die Windkraft eingeplant. In Niedersachsen sind 1,4 Prozent vorgesehen – aber erst bis 2030.

Detlef Tanke, Chef des Regionalverbands Großraum Braunschweig, sagte: „Der Regionalverband liegt bei der Windenergie-Planung im bundesweiten Vergleich weit über dem Durchschnitt.“ Der Verband habe durch seinen Planungsbeschluss im Mai 2020 die Ausbauziele des Landes Niedersachsen zehn Jahre früher erreicht.

Das stimmt. Das Problem ist aber, dass unsere Region die selbst gesteckten Ziele nur schleppend erreicht. Von den im ersten Halbjahr des Jahres 48 neuen Windrädern in Niedersachsen entstand keines bei uns. Der Regionalverband hat die Vorrangflächen für die Windparks festgelegt, Genehmigungen für die Windräder erteilen die Städte und fünf Landkreise. Laut Regionalverband sind 100 neue Windräder in Planung.

Konkret kritisiert der Landesverband für Erneuerbare Energien, dass einige Landkreise in Niedersachsen sich dem Ausbau verweigern. Dazu zählten aus der Region die Landkreise Wolfenbüttel, Helmstedt und Gifhorn. Hier gebe es noch erhebliches Potenzial, um neue Windräder aufzubauen. Tatsächlich liegen viele der neuen Windkraft-Flächen aus unserer Region in den genannten Kreisen. Bis zu 250 neue Windräder sollen bei uns entstehen, kleinere Anlagen durch bis zu 250 Meter hohe Riesen ersetzt werden. 1,5 Milliarden Euro an Investitionen können so ausgelöst werden, schätzen der Regionalverband und Branchenverbände – ein Riesengeschäft.

Die Windkraft ist aber umstritten, Windräder lassen den Wert von Häusern schrumpfen. Gegen die Pläne des Regionalverbands gab es 4100 Stellungnahmen mit 22.000 Einwänden. Und es gibt viele Betroffene wie Felicitas Naundorf vom Hagenhof bei Königslutter. Ein Windpark mit bis zu acht Windrädern soll rund um den Hof entstehen. Ein Ingenieurbüro habe erst vor wenigen Wochen ihre frisch bepflanzten und gepachteten Ackerflächen betreten, vermessen. Naundorf: „Eigentümer bekommen horrende Pachten. Uns entschädigt kein Mensch.“ **Thema des Tages**

JEDER BEITRAG ZÄHLT
Die Nachhaltigkeitsinitiative

WETTER

12°	17°	4°
vormittags	nachmittags	nachts

KONTAKT

Abonnement 0800/0 77 11 88 20*
Anzeigen 0800/0 77 11 88 21*
Ticket-Hotline 05 31/1 66 06
Redaktion 0 51 71/70 06 40
E-Mail
Vertrieb-bzv@funkemedien.de
Online-Servicecenter
https://aboservice.peiner-nachrichten.de
(*kostenlos)

4 190157 201903 40043

Ende der Corona-Notlage in Sicht

Länder sollen künftig über Maskenpflicht und Zugangsregeln entscheiden.

Berlin. SPD, Grüne und FDP wollen die Rechtsbasis für drastische Corona-Einschränkungen wie Ausgangssperren zum 25. November auslaufen lassen. Die „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ soll nach dem Willen der möglichen künftigen Koalitionspartner nach rund 20 Monaten enden. Bis zum Frühjahr sollen den Ländern aber weniger umfassende Vorgaben möglich sein. Spätestens am 20. März soll es das Aus für sämtliche Corona-Beschränkungen geben. SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese versprach den Bundesländern einen „sicheren Rechtsrahmen“. Auflagen für Schulen sind in einem Eckpunktepapier der drei Fraktionen allerdings ausdrücklich weiter vorgesehen. Weiter anordnen können die Länder zudem: Maskenpflicht, Zugangsregeln nur für Geimpfte, Genesene und Getestete, Hygienekonzepte, Abstandsgebote, Kontaktdaten-Erfassung.

Politik, Debatte

SARS-CoV-2-Fälle

	Infektionen	Tote	Neu-infektionen	7-Tage-Inzidenz*
Braunschweig	7944	196	36	55,5
Wolfsburg	5343	95	24	68,6
Salzgitter	6703	84	12	63,5
Kreis Gifhorn	7626	192	50	101,6
Kreis Helmstedt	2920	96	9	45,9
Kreis Wolfenbüttel	3425	101	7	30,2
Kreis Peine	6560	106	27	58,9
Kreis Goslar	3251	138	18	51,2
Niedersachsen	316.333	6.073	1277	65,3
Deutschland	4.506.415	95.359	23.212	118,0

* Neuinfektionen binnen sieben Tagen auf 100.000 Einwohner

Quelle: RKI

Anzeige